

Kraukauer Zeitung.

Nr. 54.

Mittwoch den 7. März

1866.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Kraukau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 36 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Casse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierpaltige Zeitzeile 5 Kr., im Anzeigenblatte für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haafenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 1. März d. J. dem Ministerialrathe im Justizministerium, Franz Scharfen Ritter von Hennedorf die angeseuchte Veretzung in den wohlverdienten bleibenden Ruhestand unter huldvoller Bezeugung der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner vieljährigen, treuen und ausgezeichneten Dienstleistung allergnädigst zu bewilligen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 26. Februar d. J. dem Hofopernsänger Gustav Walter den Titel eines k. k. Kammerjägers allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Der Ausgleich mit Ungarn.

Die „Wiener Abendpost“ bringt nachstehenden Artikel: Das königliche Rescript vom 3. März, welches die Adressen der beiden Häuser des ungarischen Landtages beantwortet, hat nunmehr die erste Phase der durch die Initiative Sr. Majestät des Kaisers hervorgerufenen Verhandlungen über die Stellung Ungarns im Gesamtreiche und über die Zukunft des Verfassungslebens der Monarchie überhaupt in bedeutungsvoller Weise abgeschlossen. Rede und Gegengrede haben ihren Ausdruck gefunden, die gemeinsamen und die sich trennenden Anschauungen sind erkennbar, die Situation ist klar geworden. Der nächste und unmittelbare Schritt auf der erschlossenen Bahn ist damit geschehen und durch den offenen Gedankenaustausch, durch die Klärung der Situation die erste Vorbedingung jener Verständigung erfüllt, welche ihrerseits die Quelle der Einigung werden soll.

In dieser Beziehung bedarf das königliche Rescript keines Commentars. Es hat die Anschauungen der Regierung mit so rückhaltloser Offenheit dargelegt, daß nicht leicht ein Zweifel über diese Anschauungen entstehen kann. Als ein geistiges Gegenstück stellt es sich dar zu jener königlichen Rede, welche die Verhandlungen des ungarischen Landtages in feierlicher Weise eröffnet hat, als ihre hochbedeutende Fortsetzung und Entwicklung. Mit Wärme und Entschiedenheit knüpft es an die Grundzüge an, welche dort betont erschienen, mit Kraft und Weisheit vertritt es den Werth, die innere Geltung dieser Grundzüge. Die Aufforderung zu ihrer ernsten Prüfung und eingehenden Würdigung ist der ungarischen Nation und den Völkern Oesterreichs nicht leicht dringender aus dem Munde gekommen, als nun zum zweiten Male in kurzer Zeit.

In Vordergrunde des k. Rescripts steht die Revision der Gelege von 1848. Gerade weil die Krone die formale Legalität dieser Gelege anerkennt, weil sie ausgesprochen hat, daß sie die Zweifel über ihre äußere Rechtsgültigkeit zu theilen nicht vermag, muß sie auf der Nothwendigkeit einer neuerlichen Berathung, einer durchgreifenden Modification derselben bestehen. Wie man immer über den Werth der Legislation von 1848 denken mag, niemand wird verkennen, daß sie ein völlig neues Reis auf den allerschwerdigen Baum des ungarischen Verfassungslebens gepflanzt hat, ein Reis, dessen üppig wuchernde Schößlinge die Kraft des Stammes nur zu sehr aufzusaugen drohten. Es bedarf in der That der vollen Achtung vor einer äußerlich abgeschlossenen Rechtsentwicklung, um über den Bruch hinwegzugehen, der sich innerlich in ihr vollzogen, und die formale Continuität des Rechtes an sich aufrecht zu erhalten, selbst da, wo sie mit der geschichtlichen Continuität desselben im grellen Widerspruch steht.

Die kaiserliche Regierung hat diese Achtung nicht verleugnet. Nur durch die freie Thätigkeit des ungarischen Landtages und auf jenem Wege, der der Verfassung der Länder der ungarischen Krone entspricht, will sie die Gelege geändert wissen, deren Existenz nach ihrer Ueberzeugung mit dem Wohle dieser Länder, mit dem Staatswohle im Ganzen in gleicher Weise unvereinbar ist. Nur durch die freie Thätigkeit des Landtages sollen jene Rechte, welche man zum Schutze der freiheitlichen und nationalen Bedürfnisse des ungarischen Volkes in anorganischer Entwicklung geschaffen hat, ihren inneren und geschichtlichen Zusammenhang mit der Entwicklung des ungarischen Landrechts, mit der Ausbildung des allgemeinen Rechts erhalten. In der verfassungsmäßigen Methode der Behandlung sieht die Regierung die Grundbedingung der verfassungsmäßigen Lösung des Streites.

Sie darf sich dabei in erster Linie auf den Boden des ungarischen Staatsrechtes selbst stellen. Es ist unverkennbar, wie die tieferen Grundlagen dieses Staatsrechtes der Nation selbst die Ziele weisen, die sie auch in diesem Augenblicke zu verfolgen hat. Das k. Rescript hat es mit bedeutungsvollen Worten hervorgehoben, daß die monarchische Entwicklung des

ungarischen Staatslebens von selbst zur Ordnung des Verhältnisses drängt, das zwischen dem Rechte der Nation und dem Rechte des Landesherrn bestehen soll. So tiefe Rückwirkungen die Modification der betreffenden Gesetzartikel vom Jahre 1848 auf die bleibende Gestaltung des öffentlichen Lebens im ganzen Reiche haben mag, sie ist zunächst eine ungarische Angelegenheit, eine Angelegenheit, in welcher das ungarische Volk den geschichtlichen Voraussetzungen seiner Existenz, den loyalen und dankbaren Empfindungen gegen sein angestammtes Herrscherhaus gerecht zu werden hat. Das, was wir das politische Heimatsgefühl der Nation nennen möchten, wird frei von jeder Einseitigkeit auch dort walten müssen, wo es sich nicht um das Volkerecht allein, sondern auch um das Recht der Krone, um das Recht des Monarchen handelt, der die Verfassung wieder hergestellt hat und sie zu voller und lebendiger Uebung entfaltete wissen will.

Und die Aufforderung dazu tritt um so näher an das ungarische Volk heran, als es sich in der That um die volle und lebendige Uebung der Verfassung handelt. Se. Majestät haben neuerdings mit den huldvollsten Worten Allerhöchster königlicher Gnade den feierlichen Act der Krönung, die Leistung des Eides in Aussicht gestellt, welche die unverbrüchliche Aufrechterhaltung der Verfassung verbürgt. In fürstlicher That hat der Monarch die Hindernisse beseitigt, die dem symbolischen Acte entgegenstanden, mit welchem das ungarische Volk die Befestigung seines Rechtslebens, die Anerkennung seiner nationalen Selbstständigkeit zu verbinden seit Jahrhunderten gewohnt ist. Möge es auch seinerseits in dankbarem Entgegenkommen die Bedingungen zu schaffen suchen, unter welchen allein die Krönung sich vollziehen kann, die Schranken hinwegräumen helfen, die dem äußeren Abschlusse seiner Verfassung zur Stunde noch gezogen sind.

Die hohe Wichtigkeit des königlichen Rescripts ruht aber nicht in den Beziehungen allein, die es auf das ungarische Landesrecht nimmt, es ragt über die Grenzen dieses Rechtes zu allgemeinerer und höherer staatlicher Bedeutung empor. Mit ehrfurchtsvoller und tiefer Dankbarkeit dürfen wir die Stelle des Rescripts gedenken, mit welcher Se. Majestät der Rechte Erwähnung thun, welche Sie Ihren übrigen Völkern geben, welche Sie ihnen unverfügt und ungeschmälert erhalten wissen wollen. Es sei eine Thatfache, deren Bedeutung nicht hoch genug veranschlagt werden kann, daß die Feststellung der gemeinsamen Angelegenheiten, welche die Revision der Gelege von 1848 voraussetzt, enge mit der Feststellung der verfassungsmäßigen Rechte des Königs zusammenhängt. In der gemeinsamen Person des Monarchen, der seine fürstliche Gnade allen seinen Völkern in gleicher Weise zuwendet, der seinem Wunsche, die Wohlfahrt des Reiches und der Theile desselben auf freiheitlicher Grundlage zu begründen, neuerlich erhabenen Ausdruck gegeben, erblicken wir die sicherste Bürgschaft für die Neugestaltung des Verfassungslebens, der wir hoffnungsvoll entgegensehen. Diese Gestaltung kann die allgemeinen Interessen nicht verleugnen, denn sie wird sich gründen müssen auf die Anerkennung dieser Interessen. Und es ist in der That der werthvollste Gewinn, den wir jetzt schon den unseren nennen dürfen, daß die Nation nicht nur die Existenz der allgemeinen Angelegenheiten anerkennt, sondern daß sie sich auch bereit erklärt hat, den Umfang und die Art der Behandlung derselben festzustellen.

Und so findet das königliche Rescript seinen hoffnungsvollen, verheißungsvollen Abschluß. Niemand vermag die Schwierigkeiten zu verkennen, welche die Schöpfung eines lebensvollen staatlichen Organismus für Oesterreich mit sich bringen mußte. Der lebendige Fluß der Geschichte wirft die großen Zielpunkte auf, aber die harte, mühevoll Einzelarbeit muß die Geschichte des Staates in diesen Zielpunkten näher bringen. An dem ungarischen Landtage liegt es nun, zunächst den Forderungen gerecht zu werden, welche im Namen des monarchischen Principis, im Namen der wohlworbundenen Rechte der Nachbarländer, im Namen und im Geiste des geschichtlichen Begriffes und der Aufgaben des Reiches an ihn gestellt worden sind. Das königliche Rescript hat die nächsten Aufgaben mit strenger Gegenständlichkeit in nicht mißzuverstehender Klarheit bezeichnet. Es hat dem Landtage die Substrate seiner Thätigkeit nicht vorenthalten; das innerste Wesen seines Zweckes, aufzuklären, die leitenden Gedanken der Regierung Sr. Majestät offen darzulegen, hat es in vollem Maße erfüllt. Der ungarische Landtag hat die Arbeit weiterzuführen, die in so glückliche Bahnen gelenkt worden ist. Seine Bereitwilligkeit, sie auf sich zu nehmen, hat er mit Worten ausgesprochen, denen die Allerhöchste Anerkennung nicht verlagert worden ist. Möge er sie freudigen Sinnes mit Muth und Kraft, aber auch mit weiser Mäßigung und jenem

Billichkeitsgeföhle fortföhren, welches das jüngste königliche Actenstück von ihm in Anspruch nimmt und möge er dem verheißungsvollen Worte die erfüllungsreiche That folgen lassen.

Kraukau, 7. März.

Der Zusammentritt der Conferenz wegen der Donaufürstenthümer in Paris, ist, wie aus Berlin mehreren deutschen Blättern übereinstimmend geschrieben wird, jetzt eine beschlossene Sache. Die Conferenz wird, wie berichtet wird, ausschließlich aus den Mächten bestehen, welche den Pariser Vertrag von 1858 unterzeichnet haben. Auch die provisorische Regierung in Bukarest wird durch Delegirte in Paris, selbstverständlich neben der Conferenz, nicht im Schoße derselben vertreten sein und diesen Delegirten die Aufgabe zufallen, für die Erhaltung der Union der Fürstenthümer zu wirken. Der Wunsch der Mittelstaaten, einen Bundesvollmächtigten erscheinen zu lassen, setzt, wie die Berliner Mittheilungen hinzufügen, selbstverständlich den Fall voraus, daß die Conferenz sich unter dem Drucke der Ereignisse zu einem Congresse erweitern sollte. Es habe aber damit, allem Anscheine nach, gute Wege.

Am 2. d., schreibt man der „N. Z.“ aus Paris, ist eine Depesche aus Constantinopel hier eingetroffen, aus welcher hervorgeht, daß die Pforte nicht mehr abgeneigt ist, auf den Vorschlag Frankreichs einzugehen, daß die Conferenz in Sachen der Fürstenthümer in Paris stattfindet. Das Kauterincabinet hat in Constantinopel und in Petersburg den Antrag geltend gemacht, daß auch die Convention vom 19. August 1859 abgeschlossen wurde. Die definitive Zustimmung des Petersburger Cabinets wurde heute erwartet. Was nun in den Donaufürstenthümern hergestellt werden wird, läßt sich gar nicht berechnen, und was heute schon vorhergesagt wird, ist leere Conjecturalpolitik. Die Cabineten wissen selber noch nicht, wie sie die Sache anfangen sollen. Bis jetzt besteht die Pforte auf zweierlei: daß an dem oberlehnsherrlichen Verbanne nichts geändert, und daß die Fürstenthümer nicht wieder vereinigt werden. In beiden Punkten hat sie die geschriebenen Verträge für sich.

Die Mittheilung, daß die russische Südarmerie sich am Pruth concentriert, ist richtig, Rußland soll jedoch in Wien — und ohne Zweifel auch anderswo — zu erklären sich bereit haben, daß es ihm allerdings angeht, eine Bewegung hart an seiner Gränze, deren Umfang und Ziel man nicht sofort übersehen könne, geboten erschienen sei, geeignete militärische Vorkehrungen zu treffen, daß dieselben aber nicht entfernt einen aggressiven Charakter tragen und daß Rußland jeden Augenblicke bereit sein werde, sich mit Europa über diejenigen Maßregeln ins Einvernehmen zu setzen, welche ohne Anwendung von Waffengewalt die periodisch und immer an derselben Stelle wiederkehrenden Gefahren für den Weltfrieden dauernd zu beseitigen geeignet sein möchten.

Nach einem Londoner Telegramm vom 6. d. erwiderte Gladstone auf die Interpellation Griffiths, England werde bei der bevorstehenden Conferenz wegen der Donaufürstenthümer die Principien des Pariser Tractates festhalten und die Volkswünsche gern berücksichtigen, wofür dieselben als allgemeine und stabile anerkannt würden.

Die Parteikämpfe in Bukarest, zu welchen die definitive Ablehnung des Grafen von Flandern das Signal gegeben, werden immer lebhafter. Die Familien der Großbojaren, welche nur einige Aussicht auf den Thron zu haben glauben, der durch die Nichtannahme des Grafen von Flandern wieder erledigt ist, beginnen sich gegenseitig zu befehdigen, die Ghika, Brankowan, Bibesco u. s. w. setzen — seit sie glauben, daß der Fürstenthum doch nur mit einem Eingebornen besetzt werden dürfte — Alles in Bewegung, um für sich Stimmen zu werben und die öffentliche Meinung zu gewinnen. Jean Ghika, schreibt man der „C. B. Z.“, soll bereits an Fuad Pascha ein äußerst höfliches Schreiben mit der Anfrage gerichtet haben, ob seine Persönlichkeit in Constantinopel im Falle der Wahl auf ihn feile, mit günstigen Augen betrachtet werden würde. Während sich die Ghika auf Frankreich und die hohe Pforte zu stützen gedenken, suchen die Bibesco und Brankowan Hilfe bei Rußland. Der Briefwechsel zwischen den Mitgliedern dieser Familien und St. Petersburg soll zur Stunde äußerst lebhaft sein. Nach der „Angar. Correspondenz“ hat Bibesco, der mit der österreichischen Regierung auf gutem Fuße stehe, große Aussicht zum Erlangen der Fürstenthümer, während vom gewesenen Fürsten Strubey, einer einst allgemein beliebten Persönlichkeit, weiter keine Rede ist.

Der Erzfürst Cusa soll von Kronstadt aus einen feierlichen Protest an alle Großmächte gegen

seine nur von den Parteien einiger Kronpräsidenten nicht aber vom Volke erzwungene Abdication gerichtet haben. Er betrachtet sich auch fernerhin als regierender Fürst von Rumänien und erucht die Schutzmächte um seine Wiedereinsetzung. Fürst Cusa befindet sich noch immer in Kronstadt. Die Nachricht von seiner Ankunft in Wien war falsch. Fast scheint es, als wolle er in der Nähe bleiben, um im günstigen Fall auf den früheren Schauplatz seiner so erfolgreichen Thätigkeit eilen zu können. Cusa hat während seiner 7jährigen Regierung sechs Mal die Kammer aufgelöst, 26 Ministerien gehabt, das Budget von 65 auf 167 Mill. gesteigert, eine Staatschuld von 500 Mill. Pfastern aber neu geschaffen.

Nach einem Bukarester Telegramm des „Frdbl.“ vom 5. d. hat dagegen Cusa in einem Schreiben an auswärtige Regierungen seine Thronensagung notificirt und ihnen zugleich angezeigt, daß er nicht die Absicht habe, je wieder zurückzukehren.

Ein Telegramm der „Presse“ aus Bukarest, 4. März, meldet: Noch ist der Portencommissar nicht eingetroffen. Die provisorische Regierung versichert, daß Frankreich und Oesterreich einig sind, jede auswärtige Intervention zu verhindern. Von Bibesco ist keine Rede.

Officielle Berichte aus Bukarest lauten dahin, daß es dem Fürsten Cusa nicht an Mitteln gefehlt hätte, sein Heil in einem Kampfe zu versuchen; zwei Obersten hatten sich und ihre Regimenter dem Fürsten angeboten, um ihn mit Gewalt wieder einzusetzen. Cusa lehnte es ab, sei es nun aus Mangel an Energie, oder weil er (wie er dem französischen Consul versicherte) glücklich bei dem Gedanken sei, im Auslande ruhig leben zu können.

Das officiële Journal des Fürstenthums Serbien, der „Bidoz Dan“ und das officiële Belgrader Blatt „Svetovid“ äußern sich, daß die Thronensetzung Cusa's mit den Interessen des rumänischen Volkes nicht vereinbarlich ist und prophezeit den rumänischen Fürstenthümern Unglück ob dieses Geschehnisses. Unter der Bevölkerung Serbiens hat aber, wie man dem „Porzor“ aus Belgrad schreibt, die Vertreibung Cusa's eine große Aufregung hervorgerufen, weil man diese Thatfache nur für den Vorläufer anderer, für die fernbische Nation noch viel wichtigerer Eventualitäten ansieht.

Ueber den österreichisch-preussischen Conflict schreibt ein Corr. der „Daily News“: In Preußen wird jetzt viel mit dem Säbel geraffelt, um Oesterreich in die Bewilligung der Annexion der Herzogthümer oder irgend eines andern, Preußen vortheilhaften Engagements hineinzusprechen: das alles ist blauer Dunst. Der Staatschach würde nicht für einen einzigen Monat auslangen und an eine Anleihe ohne die Bewilligung der Kammer ist nicht zu denken. So würde Preußen in den Geldangelegenheiten um nichts besser als Oesterreich daran sein, während seine Armees der österreichischen, mit dem Bundestage im Rücken und unterstützt durch die öffentliche Meinung aller Länder gewiß nicht gewachsen wäre. Man muß in dessen zugeben, daß während die Feudalen wie Eifenfresser, denen jetzt alles möglich ist, sich geben, die Radicales nicht ohne Schuld sind. Sie haben die Annexionsideen großgezogen und damit dem Volke der Herzogthümer eben die Rechte, um die sie zu Hause kämpfen, verweigert; sie machen zur Unterstützung ihrer Principien die ausschweifendsten Forderungen, die sie zu erzwingen auch nicht die geringste Macht besitzen und sind dann, wenn sie, wie natürlich ist, nicht durchzukommen vermögen, gleich in Feuer und Flamme.

Auf die Behandlung des französischen gesetzgebenden Körpers über die Schleswig-holsteinische Frage wird großes Gewicht gelegt. Mit dem aus der Berathung hervorgegangenen Amendement ist zwar nicht viel gesagt. Die Hauptsache, schreibt man der „N. Z.“ aus Paris, ist die, daß der gesetzgebende Körper so unzweideutig sein unmittelbares Interesse an der schleswig-holsteinischen Frage dargehan, daß er heute zum ersten Male eine Aenderung im Adressentwurf vorgenommen hat. Die Richtung seiner Sympathien ist vielleicht nicht ganz deutlich zu erkennen, aber sicher ist sie nicht der preussischen Politik zugewandt. Dagegen bleibt der Standpunct der Regierung im Dunkel, und daß sie tiefes Dunkel absichtlich bewahren will, ging aus den Erklärungen der Commissionsmitglieder deutlich genug hervor. Die Annahme, daß mit dem wenn gleich sehr farblos gehaltenen Amendement der Regierung kein Dienst geleistet wurde, ist eine wohl begründete.

General Prim hat die Genehmigung der französischen Regierung zum Aufenthalt in Frankreich er-

